

Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

Bereich/Abteilung: Recht und Materialwirtschaft
Bearbeiter/Zeichen: Dr. Ingemar Breuss BIN
Telefon: +43 5574 601-88277
Fax: +43 5574 601-17088277
E-Mail: Ingemar.Breuss@illwerke.at

Aktenzahl: 92.02.00.018

Bregenz, 9. November 2017

Stellungnahme zur Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfes. Zu diesem Entwurf möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Der vorliegende Entwurf der SNE-V 2018 sieht entsprechend der Vorgängerverordnungen ein Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke vor (siehe § 5 Abs. 1 Punkt 8 SNE-V 2018) und möchte dies sogar drastisch erhöhen (2017: 0,0850 Cent/kWh; 2018: 0,233 Cent/kWh). Diese Erhöhung würde bedeuten, dass die Arbeitspreise mit dem Jahreswechsel fast verdreifacht werden bzw. um ca. 174 % erhöht würden! Da das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke bereits dem Grunde nach bedenklich ist, ist eine solche unverhältnismäßige Erhöhung erst recht abzulehnen. Eine Erhöhung in dieser Größenordnung würde auch dem verfassungsrechtlich anerkannten Grundrecht auf Vertrauensschutz widersprechen: Nach ständiger Rechtsprechung dürfen die Rechtsunterworfenen bei langfristigen Dispositionen auf die Rechtslage zum Zeitpunkt des Handelns vertrauen. Aus diesem Grund verlangt die Rechtsprechung, dass Erhöhungen oder Änderungen der bestehenden rechtlichen Bestimmungen angemessen sein müssen. Die gegenständliche Erhöhung um mehr als 174 % in einem Jahr ist aus unserer Sicht wohl kaum angemessen und daher verfassungsrechtlich höchst bedenklich, zumal diese Änderungen in den im Folgenden zitierten Erläuterungen nicht stichhaltig begründet werden:

Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft

6900 Bregenz, Weidachstraße 6, Telefon: +43 5574 601-0, Fax: +43 5574 601-1710

E-Mail: info@illwerke.at, Internet: www.illwerke.at

Rechtsform: Aktiengesellschaft, Sitz: Bregenz, Firmenbuchnummer: FN 59202 m, Firmenbuchgericht: LG Feldkirch, DVR 0008753, UID-Nr.: ATU 36737402

Vorarlberger Kraftwerke Aktiengesellschaft

6900 Bregenz, Weidachstraße 6, Telefon: +43 5574 601-0, Fax: +43 5574 601-1710

E-Mail: unternehmen@vkw.at, Internet: www.vkw.at

Rechtsform: Aktiengesellschaft, Sitz: Bregenz, Firmenbuchnummer: FN 353156 y, Firmenbuchgericht: LG Feldkirch, DVR 0027961, UID-Nr.: ATU 66114028

„Bei der Entwicklung der Netzentgelte zeigen sich für das Jahr 2018 signifikante Veränderungen. Der Grund hierfür ist ein deutlicher Anstieg der erwarteten Kosten zur Vermeidung von Engpässen gemäß § 23 Abs. 2 Z 5 EIWOG 2010. Da diese Kosten im Bereich des Regelzonenführers anfallen und nicht gleichmäßig auf allen Netzebenen anfallen, kommt es zu einer deutlich stärkeren prozentuellen Belastung der höheren Netzebenen, wobei die Auswirkungen in den einzelnen Netzgebieten aufgrund von § 3 unterschiedlich ausfallen. Die Netzbereiche Tirol, Vorarlberg, Innsbruck und Kleinwalsertal sind hiervon nicht betroffen. Auch sind diese Effekte nicht auf eine Erhöhung der Kosten der Verteilernetzbetreiber zurückzuführen. Deren Kosten entwickelten sich grundsätzlich stabil, da diese letztmalig dem derzeit laufenden Regulierungssystem mit vorab definierten Kostenvorgaben unterliegen.“

Aus unserer Sicht sollten die Kosten zur Vermeidung von Engpässen verursachungsgerecht verteilt werden. Eine überproportional starke Belastung der höheren Netzebenen ist sachlich nicht gerechtfertigt: Tatsächlich profitieren nämlich alle Netzbenutzer und nicht nur jene der höheren Netzebenen von der Vermeidung der Engpässe. Der Regelzonenführer muss die Redispatch-Maßnahmen, um die es hier vorrangig geht, nur beschaffen. Dies bedeutet aber nicht, dass die dafür anfallenden Kosten vorrangig den höheren Netzebenen zugerechnet werden können. Eine überproportional starke Belastung der höheren Netzebenen ist daher sachlich nicht gerechtfertigt. Ebenso stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob ein einheitliches Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke für ganz Österreich sachlich gerechtfertigt ist, da nämlich die Netznutzungsentgelte der Netzebene 1 für die sonstigen Endverbraucher regional aufgeteilt werden (Vorarlberg, Tirol und das restliche Österreich haben jeweils einen eigenen Tarif). Warum es nur für die sonstigen Endverbraucher eine solche Unterteilung gibt, nicht aber für die Pumpspeicherkraftwerke, die ja laut Erläuterungen den Endverbraucher gleichgestellt werden sollen, ist nicht nachvollziehbar.

Schließlich möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir nicht nur die Erhöhung des Netznutzungsentgeltes für Pumpspeicherkraftwerke ablehnen, sondern dass wir diesem Entgelt ganz generell kritisch gegenüberstehen: Das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke und insbesondere auch dessen Erhöhung führen nämlich langfristig zu einer Belastung für die Endkunden und zu einem Standortnachteil für die heimischen Erzeuger. Die Annahme, dass eine Belastung der Kraftwerksbetreiber zu einer Entlastung der Endkunden führt, ist nicht zutreffend. Die Belastungen der Pumpspeicherkraftwerke mit Netznutzungsentgelt wird letztlich zu einem Anstieg der Strompreise führen. Die Belastung heimischer Erzeuger bedeutet in weiterer Folge auch einen Wettbewerbsnachteil gegenüber deutschen Erzeugern, da in Deutschland nämlich lediglich die Verbraucher für die Netzentgelte aufzukommen haben.

Dieser Wettbewerbsnachteil heimischer Erzeuger gegenüber ausländischen Erzeugern würde auch dazu führen, dass Stromimporte zwangsweise günstiger als heimischer Strom sind. Heimischer Strom stammt aber im Vergleich zum Ausland vorwiegend aus klimafreundlichen und

sauberen Anlagen. Die Wettbewerbsverzerrung würde somit auch indirekt den österreichischen Umwelt- und Klimaschutzbemühungen zuwiderlaufen.

Zusammenfassend sprechen somit einerseits volkswirtschaftliche Überlegungen gegen eine solch eklatante Erhöhung des Netznutzungsentgeltes für Pumpspeicherkraftwerke, andererseits ist eine Erhöhung in diesem Ausmaß auch verfassungsrechtlich bedenklich. Schließlich möchten wir darauf hinweisen, dass die Erläuterungen diese Erhöhungen nicht wirklich begründen können. Aus unserer Sicht sind diese Erhöhungen daher strikt abzulehnen. Wir möchten Sie bitten, diese Punkte zu berücksichtigen. Für etwaige Rückfragen stehen wir natürlich gerne und jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

illwerke vkw